

- 2 **Mitbestimmung** Vielfältiger Betriebsrat durch starke Gewerkschaft
- 3 **Europäische Union** Mehr Sozialpolitik wagen
- 4 **Demokratie** Gute Arbeit ist schlecht für die AfD
- 6 **Handelsabkommen** Sonderrechte für Konzerne
- 7 **Arbeitswelt** Weniger atypische Beschäftigung

NACHHALTIGKEIT

Mitbestimmung ist gut fürs Klima

Wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Aufsichtsrat mitbestimmen, sind Unternehmen nachhaltiger.

Firmen mit einer starken Unternehmensmitbestimmung tun deutlich mehr, um Emissionen zu reduzieren und Ressourcen zu schonen. Sie setzen häufiger umweltfreundliche Innovationen um, kontrollieren die Einhaltung von Menschenrechten in ihrer Lieferkette besser und bieten insgesamt bessere Arbeitsbedingungen als vergleichbare Unternehmen mit schwacher oder ohne Mitbestimmung. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie von Robert Scholz vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), die das I. M. U. gefördert hat. Der Wissenschaftler hat die sogenannten ESG-Scores, die anzeigen, wie nachhaltig ein Unternehmen ausgerichtet ist, von mehr als 200 im deutschen Aktienindex CDax gelisteten Unternehmen ausgewertet. ESG steht für drei zentrale Dimensionen unternehmerischer Nachhaltigkeit: Umwelt (Environment), soziale Standards (Social) und gute Unternehmensführung (Governance).

So weisen Unternehmen mit starker Mitbestimmung im Aufsichtsrat im Schnitt einen um 18,9 Prozentpunkte höhe-

ren ESG-Score auf als Unternehmen ohne Mitbestimmung. Dieser Nachhaltigkeitsvorsprung besteht unabhängig von ebenfalls relevanten Faktoren wie Unternehmensgröße oder Eigentümerstruktur.

Die Erklärung: Die Beschäftigten, so Scholz, haben ein zentrales Interesse an einer nachhaltigen Entwicklung „ihres“ Unternehmens. Unter anderem, weil sie meist eine längerfristige Beschäftigung anstreben, während sich Investoren und Management oft an Quartalsgewinnen oder Jahresumsätzen orientieren. „Nicht nur die wirtschaftliche Prosperität steht im Mittelpunkt, sondern auch die soziale Verantwortung der Unternehmen in Form von Arbeitsbedingungen, fairer Entlohnung und Ähnlichem“, so der Forscher. <

Quelle: Robert Scholz: Unternehmensmitbestimmung und die sozialökologische Transformation. Zusammenhang zwischen Mitbestimmungsindex und ESG-Kriterien in börsennotierten Unternehmen, Mitbestimmungsreport Nr. 79, Dezember 2023

Grüner und sozialer dank Unternehmensmitbestimmung

Von 95 untersuchten Unternehmen im CDax ohne **Mitbestimmung** im Aufsichtsrat haben einen ...



Rest = mittlerer ESG-Wert; ein hoher ESG-Wert bedeutet, dass sich ein Unternehmen stärker für Umwelt, soziale Standards und gute Unternehmensführung einsetzt.
Quelle: Scholz 2023

Von 89 untersuchten Unternehmen im CDax mit **paritätischer Mitbestimmung** im Aufsichtsrat haben einen ...



Hans Böckler
Stiftung

Vielfältiger Betriebsrat durch starke Gewerkschaft

Menschen mit Migrationshintergrund sind seltener im Betriebsrat als andere Beschäftigte. Bessere Chancen haben sie dort, wo die Gewerkschaften stark sind.

Genaue Zahlen gab es lange nur von der IG Metall: 2016 ergab eine Studie, dass rund ein Viertel der Mitglieder in den Metall- und Elektrobetrieben einen Migrationshintergrund hatte. Bei den Betriebsratsmitgliedern mit Gewerkschaftsausweis betrug der Anteil sogar fast ein Drittel. Aber sind Menschen, die selbst oder deren Eltern nicht in Deutschland geboren wurden, überall so stark in den Gremien der Mitbestimmung vertreten? Das haben Martin Behrens, Wolfram Bremer und Merle Pohlmeier vom WSI anhand von Daten der WSI-Betriebsrätebefragung 2017 untersucht. Ausgewertet wurden Angaben von knapp 2400 Betriebsräten; die Ergebnisse sind repräsentativ für mitbestimmte Betriebe mit wenigstens 20 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Es zeigt sich: Während 18 Prozent der Beschäftigten in diesen Betrieben einen Migrationshintergrund haben, gilt dies nur für knapp 11 Prozent der Betriebsratsmitglieder.

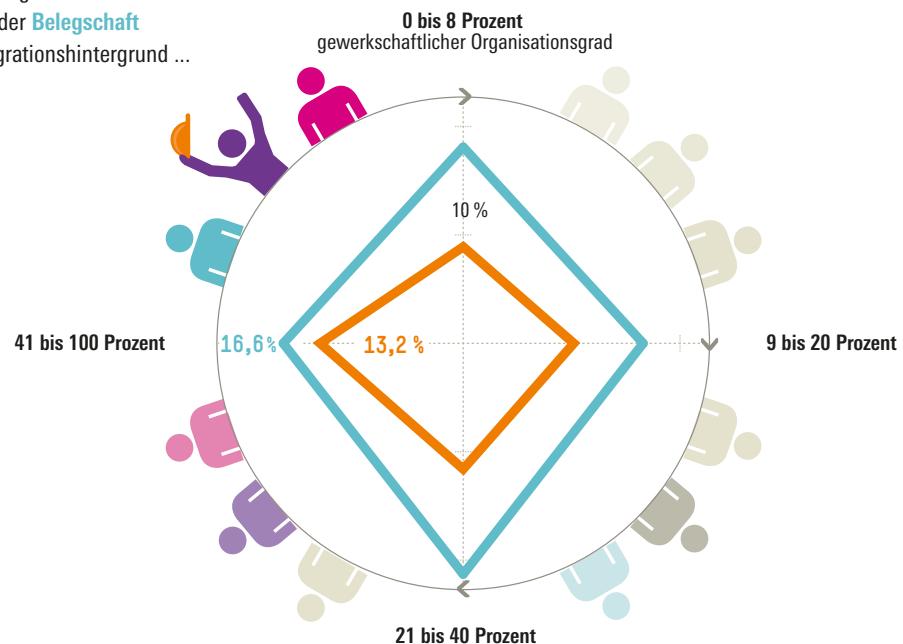
Anders als bei politischen Wahlen spielt die Staatsbürgerschaft bei Betriebsratswahlen schon lange keine Rolle mehr. Seit der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 muss niemand mehr Deutsche oder Deutscher sein, um kandidieren zu dürfen. Und das Spektrum ist breit: In der WSI-Stichprobe fanden sich Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten aus 95 unterschiedlichen Herkunftsländern. Mit einem guten Viertel bilden Türkischstämmige die größte Gruppe. Deutlich seltener als im Westen sind Menschen mit Migrationshintergrund in Ostdeutschland im Betriebsrat. Nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zum Anteil der Beschäftigten mit ausländischen Wurzeln.

Was eine angemessene Repräsentation Beschäftigter mit Migrationshintergrund begünstigt, haben Behrens, Bremer und Pohlmeier mit statistischen Methoden zu ergründen versucht. Dabei erwiesen sich Faktoren wie die Betriebsgröße, das Geschlechterverhältnis in der Belegschaft, die Branche oder die Verbreitung atypischer Beschäftigung als praktisch bedeutungslos. Wenig überraschend ist, dass

Migrantinnen oder Migranten eher im Betriebsrat sitzen, wenn ihr Anteil an der Belegschaft hoch ist. Statistisch auffällig sind daneben zwei Dinge: Erstens verbessern sich die Chancen von Migrantinnen und Migranten dort, wo viele Angelernte arbeiten – vermutlich weil in solchen Bereichen viele Beschäftigte einen Migrationshintergrund haben und Kolleginnen oder Kollegen wählen, die sie aus ihrem unmittelbaren Arbeitsumfeld kennen. Zweitens: Ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad begünstigt einen vielfältigen Betriebsrat.

Mehr Gewerkschaftsmitglieder in der Belegschaft, mehr Vielfalt im Betriebsrat

So hoch ist der Anteil der Beschäftigten im **Betriebsrat** und in der **Belegschaft** mit Migrationshintergrund ...



Quelle: Behrens u. a. 2023

Hans Böckler Stiftung

Ungeklärt auf Basis der vorliegenden Daten bleibt die Frage: Welcher Mechanismus verbirgt sich dahinter? Es könnte sein, dass in Betrieben mit starker Gewerkschaft ein Klima herrscht, in dem die Herkunft eine geringere Rolle spielt. Denkbar ist aber auch, dass die Gewerkschaften – dort wo konkurrierende Listen statt Einzelpersonen gegeneinander antreten – bei der Zusammensetzung ihrer Wahllisten stärker auf Vielfalt achten. In jedem Fall, so die Forschenden, zeige sich hier „die große Bedeutung von Gewerkschaften als Impulsgeber der Betriebspolitik“. ↗

Quelle: Martin Behrens, Wolfram Bremer, Merle Pohlmeier: Repräsentation von Migrant*innen in Betriebsräten, WSI-Mitteilungen 6/2023, Dezember 2023 [Link zur Studie](#)

Mehr Sozialpolitik wagen

Die EU muss eine eigenständige Sozialpolitik entwickeln. Sonst ist der europaweite Zusammenhalt in Gefahr.

Frieden, Demokratie, Sicherheit und Wohlstand. Das sind die zentralen Versprechen der EU. Vieles davon hat sie seit ihrer Gründung eingelöst. Die wirtschaftlich schwächeren Mitglieder konnten aufholen, wovon auch die stärkeren profitierten. Die Lebensbedingungen der Menschen haben sich insgesamt verbessert. Doch seit einigen Jahren funktioniert dieser Mechanismus nicht mehr. Stattdessen hat sich die wirtschaftliche und soziale Spaltung in Europa wieder vertieft, insbesondere zwischen den „alten“ Mitgliedsstaaten. „Der Jahrzehntelange wirtschaftliche Konvergenzprozess in Westeuropa ist weitgehend zum Stillstand gekommen“, schreibt Martin Heidenreich von der Universität Oldenburg. Der Sozialwissenschaftler hat Daten zu den Lebens-, Einkommens- und Arbeitsbedingungen in Europa ausgewertet.

In den ersten Jahrzehnten der europäischen Integration konnten die Menschen in allen Teilen der EU davon ausgehen, dass sich ihre soziale und wirtschaftliche Lage verbesserte, auch wenn die Menschen in den weniger entwickelten Regionen hier von überdurchschnittlich profitierten. Dies galt auch für die Bevölkerung in den 13 Staaten, die in den letzten Erweiterungsrunden 2004, 2007 und 2013 aufgenommen wurden. Die neuen Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa kamen von einem niedrigen Niveau und konnten nach dem EU-Beitritt einen Teil ihres Rückstands aufholen. Gleichzeitig haben sich jedoch die Ungleichheiten zwischen den alten Mitgliedsstaaten seit 2007 nicht mehr verringert, sondern eher vergrößert. Insbesondere die südeuropäischen Länder – Portugal, Spanien, Italien und Griechenland – weisen nicht nur eine unterdurchschnittliche Wirtschaftsleistung auf, sondern haben sich relativ zum EU-Durchschnitt sogar verschlechtert. „Dies könnte zu einer dauerhaften Spaltung zwischen dem nord- und westeuropäischen Zentrum und einer südeuropäischen Peripherie führen“, so der Wissenschaftler.

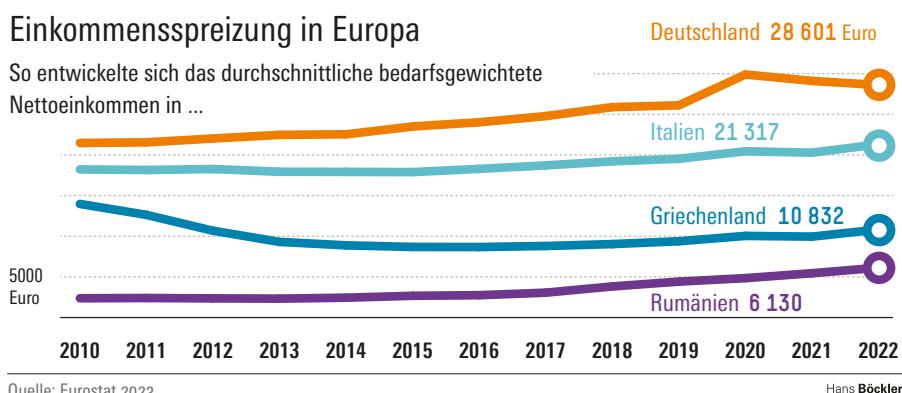
Dass sich die größten und forschungsstärksten Unternehmen in einem engen Raum vom Großraum Paris und den Benelux-Ländern über Deutschland bis nach Norditalien konzentrieren, ist nicht neu, hat sich aber noch verstärkt. Hier haben sich einerseits urbane Regionen als Knotenpunkte globaler Informations-, Handels- und Finanzströme herausgebildet, andererseits sind die industriellen Kernregionen in Westeuropa nach wie vor von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus haben sich einige Regionen in Mittel- und Osteuropa als Produktions- und Zuliefererstandorte vor allem westeuropäischer Unternehmen, zum Beispiel der Automobilindustrie, etabliert und sind damit in internationale Wert-

schöpfungsketten eingebunden. In südeuropäischen Regionen hingegen sind die Wachstumschancen durch die Spezialisierung auf Landwirtschaft, einfache Industrien und personenbezogene Dienstleistungen geringer.

Die wirtschaftlichen Ungleichheiten und die Einkommensunterschiede wirken sich auf die soziale Lage der europäischen Bevölkerung aus – etwa bei der Versorgung mit wichtigen Gütern und Dienstleistungen, beim Zugang zu guter Arbeit, zu Aus- und Weiterbildung oder bei der Verfügbarkeit von bezahlbarem und angemessenem Wohn-

Einkommensspreizung in Europa

So entwickelte sich das durchschnittliche bedarfsgewichtete Nettoeinkommen in ...



Quelle: Eurostat 2023

Hans Böckler
Stiftung

raum. Auf der Verliererseite stehen Menschen mit niedriger Bildung und einfachen Tätigkeiten vorwiegend in Süd- und Osteuropa. Aber auch im Westen und Norden sind Menschen von gesellschaftlicher Ausgrenzung betroffen, insbesondere Migrantinnen und Migranten aus Drittstaaten, Arbeitslose oder Alleinerziehende.

Der Erfolg der europäischen Integration hängt davon ab, ob es gelingt, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Wenn jedoch die Ungleichheiten in einigen Bereichen der EU zunehmen, wie es in jüngster Zeit geschehen ist, gerät der Zusammenhalt in Gefahr. In dieser Situation kann sich die EU nicht mehr darauf verlassen, dass die Unterschiede von selbst verschwinden. Sie muss eine eigenständige und aktive Politik zur Stärkung eines sozialen Europas entwickeln. Immerhin hat Brüssel erste Schritte in diese Richtung unternommen – eine im November 2022 verabschiedete Richtlinie soll etwa für höhere Mindestlöhne sorgen und die nationalen Tarifvertragssysteme stärken. Insgesamt, so der Forscher, seien die Anstrengungen aber noch überschaubar: „Eine europäische Sozialpolitik steckt trotz ihrer Jahrzehntelangen Geschichte noch in den Kinderschuhen, da die Gewährleistung des sozialen Zusammenhalts in Europa nach wie vor als nationalstaatliche Aufgabe betrachtet wird.“ ↪

Quelle: Martin Heidenreich: Wirtschaftliche Spaltungen und soziale Ungleichheiten in Europa, Eine Herausforderung für die EU, WSI-Mitteilungen 6/2023, Dezember 2023 [Link zur Studie](#)

Gute Arbeit ist schlecht für die AfD

Ihre steigenden Zustimmungswerte verdanken die Rechtspopulisten besonders dem Thema Migration. Unzufriedenheit mit Arbeitsbedingungen dürfte aber auch eine Rolle spielen.

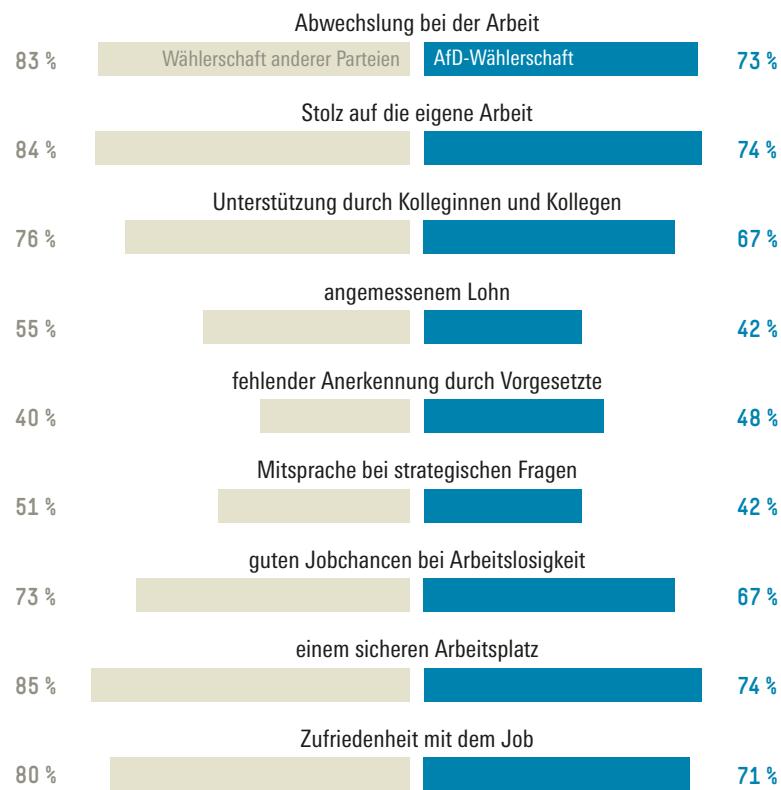
Umfragen deuten auf einen Rechtsruck in Deutschland hin: Bei der Sonntagsfrage hat die AfD seit Beginn des Jahres stetig zugelegt, in den neuen Bundesländern ist sie zur stärksten Kraft avanciert. Um den Ursachen dieser Entwicklung auf die Spur zu kommen, hat WSI-Forscher Andreas Hövermann Daten des WSI-Erwerbspersonenpanels ausgewertet. Seiner Analyse zufolge zeichnen sich die Wählerinnen und Wähler der Rechtspartei unter anderem durch große Unzufriedenheit mit staatlichen Institutionen und Sorgen um die eigene sowie die gesellschaftliche Situation aus. Zuwanderung gilt fast allen als ein wichtiges Problem. Auch in der Arbeitswelt liegt aus Sicht der AfD-Anhängerschaft einiges im Argen: Vor allem fehlende Anerkennung und unangemessene Löhne werden überdurchschnittlich häufig beklagt. Obwohl die AfD in erster Linie mit ihren migrationskritischen Ansichten punkten kann, wäre es laut Hövermann für demokratische Parteien keine kluge Strategie, über diese Schiene Wählerinnen und Wähler mit AfD-Präferenz anzusprechen. Nicht nur widerspreche dies den Werten und Grundsätzen offener demokratischer Gesellschaften, es vergifte auch den politischen Diskurs, verschärfe gesellschaftliche Spaltungen und verschiebe die Grenzen des Sagbaren nach rechts, wovon demokratische Parteien zudem auch noch selten profitierten. Dagegen gebe es zahlreiche soziale Themen, mit denen die demokratischen Parteien durchaus Chancen hätten, zumindest einen Teil der nach rechts Gedrifteten zurückzugewinnen: Es gelte, sie mit „anderen als mit migrationsfeindlichen Positionen“ anzusprechen – mit Positionen, die geeignet sind, ihre sozialen und finanziellen Sorgen zu adressieren.

Für das WSI-Erwerbspersonenpanel, das seit April 2020 regelmäßig erhoben wird, sind bei der zehnten und aktuellsten Welle im Juli 2023 über 5000 Erwerbstätige und Arbeitsuchende befragt worden. Insgesamt viermal haben die Teilnehmenden ihre Wahlabsicht zu Protokoll gegeben, kurz nach der Bundestagswahl 2021 zudem ihr tatsächliches Votum. Aus diesen Angaben lassen sich deutliche Zugewinne für die AfD ableSEN: Während bei der Bundestagswahl noch 8,6 Prozent der Befragten ihr Kreuz bei dieser Partei gemacht hatten, erklärten im Juli 2023 knapp 23 Prozent, AfD wählen zu wollen. 28 Prozent davon wiederum hatten auch in den vorherigen Befragungen ausschließlich diese Präferenz geäußert, 37 Prozent taten das zum ersten Mal.

Wenn es um die berufliche Situation geht, sticht die AfD-Wählerschaft in mehrfacher Hinsicht hervor: Arbeiterinnen und Arbeiter kommen mit 22 Prozent deutlich häufiger

vor als bei den anderen Befragten mit 12 Prozent. Gleichermaßen gilt für Arbeitsuchende. Beamten und Beamte sind dagegen unterrepräsentiert. Einen Betriebs- oder Personalrat haben diejenigen mit AfD-Präferenz etwas seltener als der Rest. Sie sind – wenn es eine solche Interessenvertretung gibt – häufiger mit deren Arbeit unzufrieden. Auch Tarifverträge sind etwas weniger verbreitet als im Durchschnitt.

Rechts unzufrieden So viele Erwerbspersonen berichten von ...



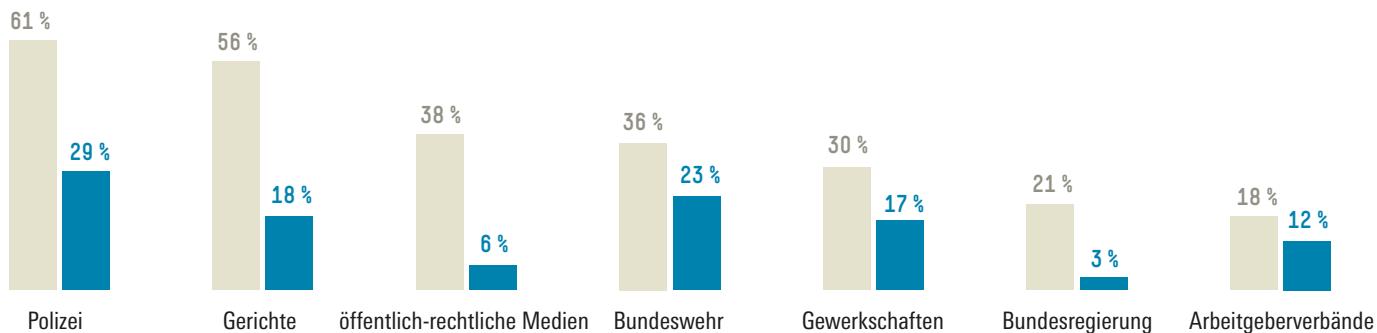
Quelle: WSI-Erwerbspersonenpanel 2023

Hans Böckler Stiftung

Auffällige Unterschiede betreffen die Erfahrungen im Arbeitskontext: Dass ihr Job sicher sei, sagen 74 Prozent derjenigen, die der AfD zuneigen, im Vergleich zu 85 Prozent der übrigen Befragten. Stolz auf die eigene Arbeit empfinden 74 Prozent im Vergleich zu 84 Prozent. Auch die Chancen im Fall von Arbeitslosigkeit werden pessimistischer eingeschätzt, die Arbeit wird seltener als abwechslungsreich empfunden, es gibt weniger Mitsprache bei strategischen Fragen am Arbeitsplatz und weniger Unterstützung durch Kolleginnen und Kollegen. Insbesondere beim Thema Anerkennung zeigen sich markante Differenzen: Für angemessen halten ihren Lohn 42 Prozent der AfD-Anhängerschaft und

Misstrauische AfD-Anhängerschaft

So viele Erwerbspersonen aus der **Wählerschaft anderer Parteien** und der **AfD-Wählerschaft** haben großes oder sehr großes Vertrauen in ...



Quelle: WSI-Erwerbspersonenpanel 2023

Hans Böckler
Stiftung

55 Prozent der übrigen Erwerbspersonen, dass ihre Arbeitsleistung vom Arbeitgeber nicht wertgeschätzt werde, monieren 48 Prozent im Vergleich zu 40 Prozent. Alles in allem sind 71 Prozent der AfD-Wählerinnen und -Wähler zufrieden mit dem Job, bei den anderen Befragten nur 80 Prozent.

„Es wird deutlich, dass neben der Erfahrung von materieller Sicherheit auch verschiedene Dimensionen von Würde im Arbeitskontext ebenso wie das Erleben sozialer Anerkennung und demokratischer Teilhabe am Arbeitsplatz einen Einfluss darauf haben, ob Menschen sich dafür entscheiden, ihre Stimme der AfD zu geben“, sagt WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch. „Erwerbsarbeit ist ein wichtiger Mechanismus sozialer Integration. Wenn Menschen dort dauerhaft Erfahrungen von Desintegration machen, schadet das der Demokratie.“

Äußerst kritisch stehen die AfD-Sympathisantinnen und -Sympathisanten auch staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen gegenüber: Großes oder sehr großes Vertrauen in die Bundesregierung hat mit 2,8 Prozent nur ein verschwindend geringer Teil von ihnen, den öffentlich-rechtlichen Medien vertrauen nur 6 Prozent. Bei den Befragten, die andere Parteien bevorzugen, sind es 21 und 38 Prozent. Das Vertrauen in die AfD selbst fällt dagegen mit 48 Prozent in ihrer Anhängerschaft vergleichsweise hoch aus, nur die Grünen schneiden mit 58 Prozent bei den eigenen Wählerinnen und Wählern besser ab, die SPD folgt mit 42 Prozent auf Platz drei. Man müsse also davon ausgehen, dass viele Menschen die Rechtspopulisten aus Überzeugung wählen und nur wenige aus Protest gegen andere Parteien, ohne mit der AfD einverstanden zu sein, so der WSI-Forscher. Er macht aber auch darauf aufmerksam, dass das Vertrauen in die AfD bei denjenigen, die zum ersten Mal eine Präferenz für diese Partei geäußert haben, mit 20 Prozent weniger ausgeprägt ist. Das sei eventuell ein Grund zur Hoffnung, dass einige von ihnen noch keine gefestigte Wahlüberzeugung entwickelt haben und der Weg zurück zu demokratischen Parteien noch nicht gänzlich ver stellt ist.

Zum Klischee des „besorgten Bürgers“ passt der Befund, dass AfD-Anhängerinnen und -Anhänger ein „konsant sehr hohes Sorgen- und Belastungslevel“ aufweisen. Große Sorgen, den Lebensstandard nicht halten zu können, machen sich 47 Prozent von ihnen im Vergleich zu 23 Prozent der anderen Erwerbspersonen, wegen steigender

Preise sorgen sich 71 Prozent im Vergleich zu 42 Prozent, um die eigene wirtschaftliche Situation 38 Prozent im Vergleich zu 19 Prozent. Die einzige weniger ausgeprägte Sorge bezieht sich auf eine mögliche Ausweitung des Ukrainekrieges. Starke oder äußerst starke Belastungen verspüren Befragte mit Vorliebe für die AfD im Hinblick auf die Gesamtsituation und die finanzielle Situation fast doppelt so oft wie die anderen.

Kurz nach der Bundestagswahl 2021 konnten die Befragten im Erwerbspersonenpanel angeben, welche Themen für die neue Regierung Priorität haben sollten. In manchen Punkten lagen diejenigen, die aktuell AfD wählen wollen, nicht weit entfernt vom Durchschnitt der Befragten. So nannten sie mit ähnlicher Häufigkeit beispielsweise die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen, Investitionen in die Infrastruktur oder die Verbesserung der Pflege. Beim Thema Migration war die Differenz dagegen enorm: 95 Prozent der Befragten, die aktuell der AfD zuneigen, nannten die Begrenzung der Zuwanderung als ein wichtiges Thema. Unter denen, die andere Parteien wählen wollen, waren es 55 Prozent. Dass man gegenüber ukrainischen Geflüchteten nicht zu großzügig sein dürfe, bejahten in der Befragungswelle von November 2022 73 Prozent der AfD-Sympathisantinnen und -Sympathisanten im Vergleich zu 36 Prozent der anderen Befragten.

Um zumindest Teile der AfD-Wählerschaft für das demokratische Spektrum zurückzugewinnen, braucht es gute Politik, die Probleme und empfundene Ungerechtigkeiten angeht und löst, so Hövermann. „Wenn aber öffentliche Infrastruktur häufig nicht funktioniert oder bezahlbarer Wohnraum in vielen Regionen ausgesprochen knapp ist und hier tatsächliche Konkurrenzsituationen mit zugewanderten Personen entstehen, wenn unzureichend Geld zur Verfügung gestellt wird, um ankommende Menschen erfolgreich zu integrieren, ist all das Wasser auf die Mühlen der politischen Akteure, die weiteres Misstrauen in demokratische Institutionen schüren und einheimische gegen geflüchtete Menschen aufbringen wollen.“ Eine strikte Sparpolitik erscheint vor dem Hintergrund der Befunde dagegen als ein sehr gefährlicher Weg. <

Quelle: Andreas Hövermann: Das Umfragehoch der AfD: Aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wahlbereitschaft aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel, WSI-Report Nr. 92, November 2023
[Link zur Studie](#)

Sonderrechte für Konzerne

Die geplanten EU-Handelsabkommen mit Chile und Mexiko räumen den Interessen privater Investoren einen hohen Stellenwert ein. Öffentliche Anliegen wie der Klimaschutz drohen zu kurz zu kommen.

Beim Schließen von Handelsabkommen ist die EU umtriebig: Die Liste der Partnerländer auf der Website der Kommission fällt lang aus und reicht von A wie Albanien bis V wie Vietnam. Seit 2016 wird auch mit Mexiko verhandelt, seit 2017 mit Chile. Die mit der chilenischen Seite vereinbarten Vertragstexte liegen dem Europäischen Rat bereits zur Unterschrift vor. Thomas Fritz von der Nichtregierungsorganisation Powershift hat mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung und des Umweltinstituts München analysiert, wie die beiden Abkommen in puncto Nachhaltigkeit zu bewerten sind. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die vorgesehenen Regelungen zum Investitionsschutz die staatliche Handlungsfähigkeit teilweise deutlich einschränken. Eingriffe in die Wirtschaft zugunsten von sozialen oder ökologischen Belangen könnten insbesondere in den Partnerländern erschwert werden.

Der Investitionsschutz in Handels- und Investitionsabkommen umfasst laut Fritz üblicherweise sowohl inhaltliche Vorgaben als auch Verfahrensregeln. Einerseits werde zum Beispiel die Enteignung von Investoren untersagt, andererseits festgelegt, wie sich Betroffene gegen Verstöße juristisch wehren können. In den meisten Investitionsabkommen sei das Instrument des „Investor-State Dispute Settlement“ (ISDS) vorgesehen. Dabei können ausländische Unternehmen vor privaten Schiedsgerichten gegen staatliche Regulierung klagen. Von den drei Schiedspersonen ernennen die beiden Streitparteien je eine, den Vorsitz wählen sie gemeinsam aus.

In die Kritik geraten sei dieses System wegen der klaren Unwucht zugunsten der Investoren, heißt es in der Studie. Von 890 bekannten ISDS-Verfahren, die zwischen 1987 und 2022 abgeschlossen wurden, hätten sich zwei Drittel für die klagenden Unternehmen ausgezahlt, die entweder das gewünschte Urteil erwirken, einen Vergleich herausholen oder ihre Klage fallen lassen konnten. Besonders häufig sei es um staatliche Auflagen zu Umweltschutz, fossilen oder erneuerbaren Energien gegangen. In über 50 Fällen hätten ISDS-Tribunale Regierungen zu Entschädigungszahlungen von über 100 Millionen US-Dollar verurteilt, mehrfach sei auch die Milliardengrenze schon überschritten worden. Infolgedessen reiche gerade in ärmeren Ländern die Androhung einer Klage oft aus, um unliebsame Gesetze zu verhindern – und beispielsweise die Dekarbonisierung der Wirtschaft zu verzögern.

In der EU habe mittlerweile ein „partielles Umdenken“ eingesetzt, schreibt Fritz. Im Mai 2020 haben sich 23 EU-Staaten auf die Kündigung bilateraler Investitionsschutzabkommen geeinigt, die sie untereinander geschlossen hatten, vorher hatte der Europäische Gerichtshof Schiedsklauseln in Abkommen zwischen EU-Staaten als rechtswidrig eingestuft. Die EU-Kommission hat 2015 eine Reform des

ISDS-Verfahrens angestoßen und als Alternative das „Investment Court System“ (ICS) entwickelt, das bereits in den Abkommen mit Kanada, Singapur und Vietnam verankert sowie für diejenigen mit Chile und Mexiko vorgesehen ist. Die Neuerung: Die Mitglieder des Tribunals werden per Zufall aus einem Kreis von neun Schiedspersonen ausgewählt, die von einem bilateralen Aufsichtsgremium ernannt werden und eine laufende Vergütung für ihre Verfügbarkeit erhalten. Zusätzlich gibt es ein ständiges Berufungstribunal aus sechs Schiedspersonen, aus denen bei Bedarf ebenfalls per Zufall drei ausgewählt werden. Darüber hinaus will sich die EU für ein multilaterales Investitionsgericht einsetzen, Partnerländer sollen sich dazu ebenfalls verpflichten.

Dem neuen System bescheinigt der Experte zwar „punktuelle Verbesserungen“ gegenüber dem ISDS-Modell. Diverse grundsätzliche Probleme blieben aber ungelöst. Das betrifft zum einen die „Asymmetrie“ im Verhältnis zwischen Investoren und dem Rest der Gesellschaft: Ausländische Unternehmen seien nach wie vor die Einzigen, die sich an die Schiedsgerichte wenden können, während staatlichen Stellen, Verbänden oder Bürgerinnen und Bürgern dieser Klageweg nicht offensteht. Damit hätten die Mitglieder von Tribunalen einen Anreiz, zugunsten der Investoren zu entscheiden. Denn die Tagessätze, die es bei Verhandlungen zusätzlich zur monatlichen Vergütung gibt, seien mit etwa 3000 Dollar hoch. Es lohne sich also, im Interesse derjenigen zu urteilen, die als Einzige Klagen einreichen können.

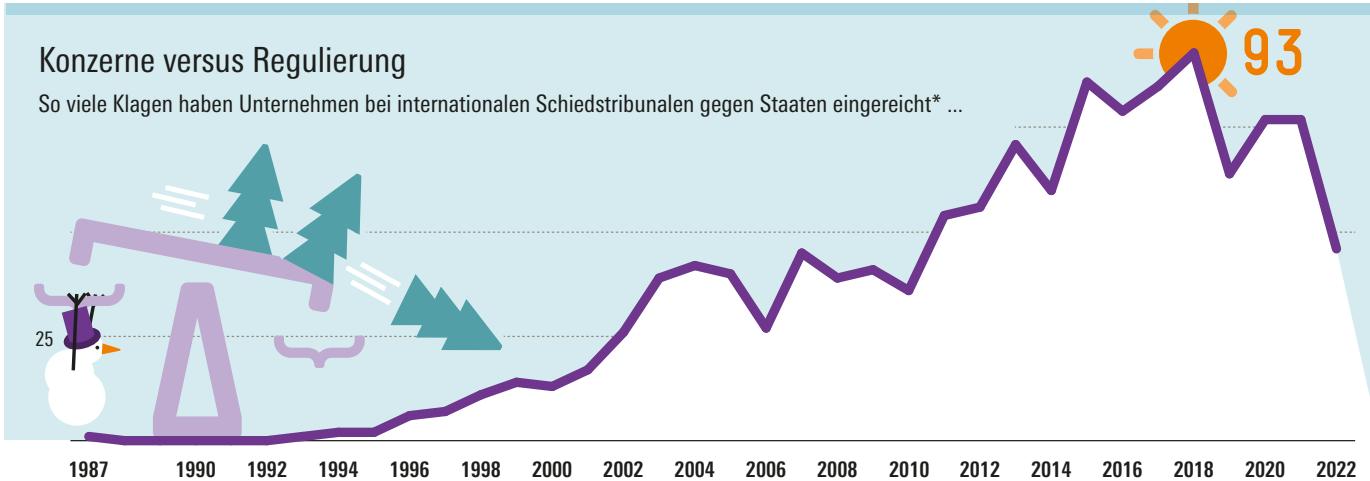
Ein weiteres Manko macht Fritz in den „unzureichenden Anforderungen an die Qualifikation der Schiedspersonen“ aus. Vorausgesetzt würden Expertise im Völkerrecht und wenn möglich Erfahrungen im Handels- und Investitionsrecht, dagegen keinerlei Kenntnisse in anderen Bereichen wie dem Sozial- oder Umweltrecht. Zudem sei in den Vertragstexten nicht festgeschrieben, wie genau die Schiedspersonen benannt werden sollen oder ihre Eignung nachzuweisen ist. Die Beteiligung von Parlamenten oder der Öffentlichkeit sei offenbar nicht vorgesehen.

Auch die neuen inhaltlichen Vorgaben sieht der Fachmann kritisch: Zwar werde zum Teil präzisiert, was zum Beispiel unter der „fairen und gerechten Behandlung“ von Investoren zu verstehen ist oder wie Entschädigungen zu berechnen sind. Vieles bleibe aber vage, sodass es für die Tribunale nach wie vor einen erheblichen Spielraum gibt. Wenn etwa im Abkommen mit Mexiko explizit steht, dass die „legitimen Erwartungen“ von Unternehmen zu berücksichtigen seien, mache das rechtliche Neuerungen, die sich auf die Geschäfte von Investoren auswirken, grundsätzlich angreifbar.

Die Folgen für die Partnerländer könnten laut dem Autor erheblich sein, als ein Beispiel verweist er auf die sozial-ökologische Reform des Bergbaus, die die mexikanische

Konzerne versus Regulierung

So viele Klagen haben Unternehmen bei internationalen Schiedsgerichten gegen Staaten eingereicht* ...



* im Rahmen von Investor-State Dispute Settlement (ISDS); Quelle: UNCTAD 2023

Hans Böckler
Stiftung

Regierung im Mai 2023 verabschiedet hat. Diese Reform laufe unter anderem darauf hinaus, dass Unternehmen für die Genehmigung von Bergbauprojekten soziale Folgeabschätzungen einreichen, Konsultationen in betroffenen Dörfern und indigenen Gemeinden durchführen und die Zustimmung von Gemeinden einholen müssen. Internationale Anwaltskanzleien hätten betroffenen Konzernen daraufhin prompt Beratung zu Investitionsschutzklagen angeboten.

Fritz empfiehlt, statt auf internationale Schiedsverfahren auf eine Stärkung der Rechtssysteme in Drittstaaten zu setzen. Damit Behörden staatliche Auflagen gegenüber trans-

nationalen Unternehmen durchsetzen können, sollte die EU ihnen bei Bedarf Rechtshilfe leisten. Zudem könnte sie sich zu einem „sozial-ökologischen Investment Screening“ verpflichten, das die Auslandsinvestitionen europäischer Firmen einer Nachhaltigkeitskontrolle unterwirft. Insgesamt gelte es zu bedenken, dass Investitionsschutz in demokratischen Gesellschaften nur dann akzeptiert wird, wenn die Bevölkerung in gleichem Maße vor schädlichen Machenschaften transnationaler Konzerne geschützt wird. ↩

Quelle: Thomas Fritz: Investitionsschutz in den EU-Handelsabkommen mit Mexiko und Chile: Auswirkungen auf Nachhaltigkeit und Energiewende, Dezember 2023

Weniger atypische Beschäftigung

Das Normalarbeitsverhältnis ist auf dem Vormarsch, atypische Beschäftigung geht zurück: Machten Minijobs, Leiharbeit, befristete Beschäftigung oder kurze Teilzeit im Jahr 2007 noch knapp 27 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse aus, waren es 2022 nur noch gut 21 Prozent. Das geht aus einer Auswertung des Arbeitsmarktexperten Bernd Keller und des früheren WSI-Leiters Hartmut Seifert hervor. Neben der besseren Lage am Arbeitsmarkt hat die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns dazu beigetragen, unsichere Jobs zurückzudrängen, so die Forscher.

Minijobs: Der Anteil der ausschließlich geringfügig Beschäftigten ist von 2011 bis 2022 von 8,4 Prozent auf 4,9 Prozent gesunken. Das dürfte unter anderem daran liegen, dass der Mindestlohn Beschäftigte über die Geringfügigkeitsgrenze gehoben hat. Aus Minijobs sind sozialversicherungspflichtige Stellen oder wenigstens Midijobs geworden. Auch die Pandemie hat für einen deutlichen Rückgang gesorgt.

Leiharbeit: Die Leiharbeitsquote unterliegt starken zyklischen Schwankungen, zeigt aber

keinen eindeutigen Trend. 2022 waren 3,1 Prozent der Beschäftigten Leiharbeitende, ein vergleichsweise hoher Wert.

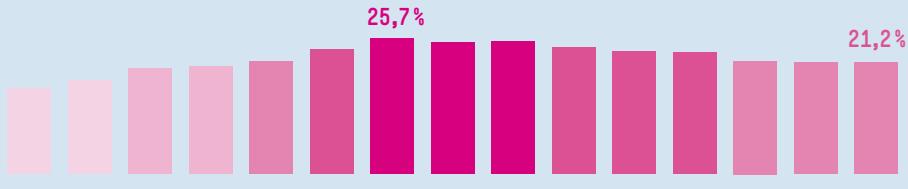
Befristung: Ähnlich wie bei der geringfügigen Beschäftigung erreichte der Anteil der befristeten Jobs um das Jahr 2010 einen Höhepunkt und ist seitdem zurückgegangen. 2022 waren rund 7 Prozent der Arbeitsverhältnisse befristet. Weitauß höher ist die Quote bei den neu abgeschlossenen Arbeitsverträgen: Von ihnen ist etwa ein Drittel befristet. Vor einigen Jahren waren es allerdings noch 45 Prozent.

Teilzeit: Kurze – und wegen des geringen Verdienstes potenziell problematische – Teilzeitarbeit mit weniger als 20 Wochenstunden hat von Mitte der 1990er-Jahre bis 2013 dramatisch zugenommen. Seither gehen die absolute Zahl sowie ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung jedoch zurück. Der Anteil längerer Teilzeit nimmt hingegen weiter zu. ↩

Quelle: Berndt Keller, Hartmut Seifert: Atypische Beschäftigung im Abwärtstrend? WSI-Mitteilungen 6/2023, Dezember 2023
[Link zur Studie](#)

Höhepunkt überschritten

So hoch war der Anteil der atypischen Jobs an der Beschäftigung ...



Quelle: Keller, Seifert 2023

Hans Böckler
Stiftung

IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne,
Sabrina Böckmann, Katja Wolf

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-230

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei
www.boecklerimpuls.de

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls.
Sie können sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns
eine E-Mail an redaktion-impuls@boeckler.de

Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen:
www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung
Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:
https://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

BILDUNG

Ungleiche Chancen

Ein Gymnasium besuchten 2018 Kinder von Eltern mit ...

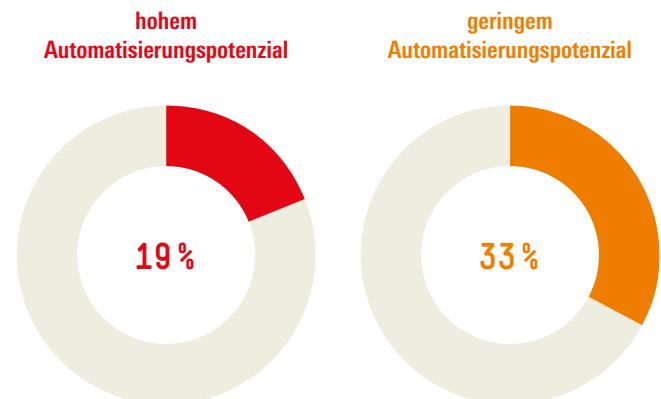
| | |
|-----------------------------------|--------|
| Promotion | 80,0 % |
| Hochschulabschluss | 66,8 % |
| Meister- oder Technikerausbildung | 36,9 % |
| Berufsausbildung | 29,1 % |
| ohne Abschluss | 15,9 % |

Quelle: WZB, November 2023 [Link zur Studie](#)

WEITERBILDUNG

Am falschen Ende gespart

An Weiterbildung nehmen teil von den Beschäftigten in
Tätigkeiten mit ...



Quelle: IAB, November 2023 [Link zur Studie](#)

Der nächste **Böckler Impuls** erscheint am 21. Dezember

LÖHNE

Paketzustellung ist schlecht bezahlt

Trotz steigender Umsätze liegen die Löhne in der Paketbranche deutlich unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Laut Statistischem Bundesamt verdienen vollzeitbeschäftigte Fachkräfte in diesem Bereich monatlich im Schnitt 2719 Euro brutto und damit 20 Prozent weniger als im Durchschnitt aller Branchen. Darüber hinaus müssen sie überdurchschnittlich oft an Wochenenden und nachts arbeiten.

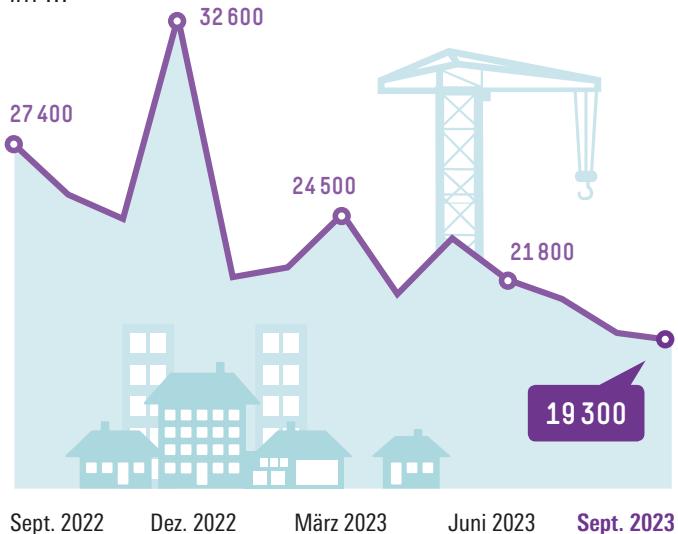


Quelle: Destatis, November 2023 [Link zur Studie](#)

WOHNEN

Wer jetzt kein Haus hat

So viele Baugenehmigungen für Wohnungen wurden erteilt im ...



Quelle: Destatis, November 2023 [Link zur Studie](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Digitalausgabe bestellen unter www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm